

**NEIN**

Verrechnungssteuer-  
Vorlage



# Unterstützer:innen

# NEIN

Verrechnungssteuer-  
Vorlage



Während die Verrechnungssteuer für die normalen Bürgerinnen und Bürger auf den Sparkonti bestehen bleibt, soll sie für Obligationen-Grossanleger abgeschafft werden. Diese Ungleichbehandlung ist unverständlich.

**Cédric Wermuth**  
Co-Präsident SP Schweiz



# NEIN

 Verrechnungssteuer-  
Vorlage

”

Fakt ist: Mindestens 480 Millionen Franken fließen direkt ins Ausland ab – und zwar in die Taschen von Steuerkriminellen, Oligarchen und Grossanlegern.

**Samira Marti**  
Nationalrätin Basel-Landschaft



# NEIN

 Verrechnungssteuer-

# NEIN

Verrechnungssteuer-  
Vorlage



”

Rund 200 grosse Konzerne werden begünstigt, wenn sie durch die Ausgabe von Obligationen am Kapitalmarkt Geld aufnehmen. Die Kosten für diese neuen Sonderrechte tragen die Steuerzahlenden.

**Prisca Birrer Heimo**  
Nationalrätin Luzern (SP)



# NEIN

 Verrechnungssteuer-  
Vorlage

”

Es ist vollkommen verkehrt, den Konzernen und dem Finanzplatz bei der Verrechnungssteuer neue Steuergeschenke zu machen. Und umgekehrt die Bevölkerung durch höhere Mehrwertsteuern bezahlen zu lassen, verbunden mit einer Verschlechterung der Renten. Darum Nein zu diesen Vorlagen.

**Paul Rechsteiner**  
Ständerat (SG)



# NEIN

Verrechnungssteuer-  
Vorlage



Die Abschaffung der Verrechnungssteuer für Obligationen-Grossanleger wird bei steigenden Zinsen gegen eine Milliarde Steuerausfälle bringen. Die Verrechnungssteuer für Kleinsparer soll bleiben. Wer wird wohl für die fehlende Milliarde geradestehen müssen? Die Grossanleger oder die Kleinsparer? Die Erfahrung zeigt: Es werden die Kleinen sein!

**Roberto Zanetti**  
Ständerat (SO)



# NEIN

 Verrechnungssteuer-  
Vorlage

”

Die Verrechnungssteuer ist eine Sicherungssteuer. Wer ehrlich versteuert, erhält sie zurück-erstattet. Sie dient der Eindämmung der Steuerhinterziehung.

**Eva Herzog**  
Ständerätin (BS)



# NEIN

Verrechnungssteuer-  
Vorlage



”

Die Abschaffung der Verrechnungssteuer auf Obligationen würde nur 200 Grosskonzernen nützen und hätte zur Folge, dass jährlich 500 Millionen Franken direkt ins Ausland abfliessen – und zwar in die Taschen von Grossanlegern. Bezahlen würde die Schweizer Bevölkerung.

**Hans Stöckli**  
Ständerat (BE)



# NEIN

 Verrechnungssteuer-  
Vorlage

”

Die Auswirkungen der Vorlage werden kleingerechnet. Bei einem normalen Zinsniveau steigen die Ausfälle gemäss Bund auf jährlich 600 bis 800 Millionen Franken. Die Kosten trägt die Bevölkerung.

**Daniel Jositsch**  
Ständerat (ZH)

